

Interview mit **Stephan Wassmuth**, ehemaliger Vorsitzender Bundeselternrat



Spielräume der Digitalisierung nutzen

Digitalisierung erfordert, neue Wege zu gehen, sowohl beim Lehren als auch beim Lernen. Die Corona-Pandemie und die dadurch entstandene Notwendigkeit des Homeschoolings zeigen dies einmal mehr. Es ist nicht damit getan, den Schülerinnen und Schülern Lernmaterialien über digitale Wege zur Verfügung zu stellen. Vielmehr sind hier völlig neue Formate und Konzepte gefragt. Offenheit für Innovation auf allen Ebenen ist die Voraussetzung dafür.

Stephan Wassmuth,
ehemaliger Vorsitzender
Bundeselternrat

Weiterbildung: Herr Wassmuth, Sie sind Vater von fünf Kindern, blicken auf viele Jahre als Elternbeirat, als Mitglied des Hessischen Elternbeirats und zuletzt auf vier Jahre als Vorsitzender des Bundeselternbeirats von 2016 bis 2020 zurück. Viele Umbrüche und Neuerungen haben Sie aus dieser Perspektive begleitet – bis hin zu der ganz besonderen Zeit der Corona-Pandemie 2020. Könnte man heute im Rückblick auf 2020 von einem Durchbruch des Digitalen in den Schulen und anderen Bildungseinrichtungen sprechen?

Stephan Wassmuth: Definitiv kein Durchbruch. Wohl aber hat das Jahr 2020 da und dort beschleunigend gewirkt. Allerdings wurde vieles auch überstürzt getan. Die Ruhe einer durchdachten Planung und Durchführung hat gefehlt. Das führte zu vielen Fehlern und Fehleinschätzungen. Im Übrigen wird von vielen Seiten der Vorwurf eingebracht, dass zwischen dem Lockdown im Frühjahr 2020 und dem Herbst 2020 viel zu wenig die Zeit für eine gründliche Vorbereitung auf eine mögliche, dann tatsächlich eingesetzte zweite Welle genutzt wurde.

Welche Rahmenbedingungen in den Ämtern, in den Behörden verhindern eine innovative „Digital-Politik“ in der Bildung?

Das System an sich. Es fehlt an Offenheit für Innovationen, für neue Wege. Es dominiert eher die Vorgehensweise, Wege und Regeln einzuhalten, treu dem Motto „es lebe der Vorgang“. Wenn jemand etwas Neues einbringt, wird dem erst mal kritisch begegnet. Daher ist das System träge und Neuerungen sind fast immer ein

langwieriger Prozess. Politik ist das eine, Analyse und logische Erläuterungen und daraus abgeleitete Notwendigkeiten das andere. Wenn Offenheit, ehrlicher Umgang aller Beteiligten miteinander und Unvoreingenommenheit fehlen, kommt es eben zu keiner guten Problembewältigung.

Der Bildungsföderalismus wird da und dort als ein Erfolgsfaktor in der Bekämpfung der Pandemie gesehen. Wie stellt sich das aus Ihrer Sicht dar?

Dies hat auf der ganzen Linie gebremst. Es gibt keine einheitlichen Lernplattformen, es gibt keine Mindeststandards in der technischen Ausstattung und Infrastruktur, es gibt unterschiedlichste Auffassungen über Wechselunterricht, über das Wie von parallelem Präsenz- und Digitalunterricht und auch unterschiedlichste Ansätze, Lehrkräfte auf die digitale Welt vorzubereiten. Viele Lehrkräfte sind nicht auf die jetzt in der Pandemie nützliche Digitalisierung vorbereitet. Zwar sind Ansätze für Weiterbildungen da und dort vorhanden, werden aber kaum genutzt.

Es ist paradox – alle haben auf den Bund geschaut, was zu tun ist. Der Bund wiederum hat mehr die Finanzierung im Blick als die Umsetzung. So haben sich Länder und Bund blockiert. Eine einheitliche Lösung für viele Fragen, insbesondere Lernplattformen, Lernmittel, Mindeststandards et cetera, ist nicht in Sicht.

Sind Schulen als Bildungsträger selbst nicht weiter in ihrem Bestreben, digitale Lösungen zu finden, als

die Aufsichtsbehörden, wie Schulamt und Ministerien?

Die Welt ist hier sehr unterschiedlich. Begeisterte, hoch-engagierte Lehrkräfte am einen Ende, überforderte und wenig flexible am anderen Ende der Spanne. Ähnlich ist es in den Ämtern zu sehen. Wenn sich Schulleitung und Kollegium, wenn sich Elternschaft und auch Schülervertretung verstehen, dann kommen die oft privat getriebenen Initiativen und Innovationen in den Schulen an. Da werden von den Eltern IT-Experten engagiert, interaktive Whiteboards beschafft, private Rechner zur Verfügung gestellt. Aber: Nicht selten kommt doch ein Knüppel aus den Amtsstufen und stört die von Eltern und Schülern sowie Lehrkräften gut gemeinten Aktionen.

Es lässt sich ja erkennen, dass die Einsicht in die Notwendigkeit einer besseren Ausstattung der Bildungseinrichtungen wächst, aber die Entscheidungshoheit, was wie zu nutzen ist, wie neue digitale Formate eingesetzt werden könnten, liegt bei hierarchisch, in alten Formaten denkenden Ministerialen. Kann so die digitale Wende gelingen?

Das ist sicherlich so. Da stehen wir in den Ämtern am Anfang. Die Pandemie kann da ein Push sein, vieles liegt jetzt offener und klar auf dem Tisch: Hygiene, technische Infrastruktur, Lehrkräftemangel, Belastung der Lehrkräfte und fehlende innovative Lern- und Lehrkonzepte beziehungsweise einheitliche Standards für die Ausrüstung von Schulen mit Blick auf die Digitalisierung. Im Zuge der Pandemie wurden allerdings zunächst Hygiene-Konzepte erarbeitet, die Zeit wurde nicht genutzt für pädagogische Konzepte im Rahmen des Digitalen.

Wie trägt der Elternverband dazu bei, ein Scheitern der Digitalen Revolution im Schulwesen zu verhindern?

Die Elternschaft ist sehr heterogen. Eltern vertreten ihre Kinder in deren Alter. Das mündet in vielfältige Fragen und unterschiedlichste Problemschwerpunkte. Für die einen gibt es nur die eine zentrale Frage, die wiederum für andere gar nicht wichtig ist. Ein gemeinsames Handeln und gemeinsames Ziehen an einem Strang ist daher sehr schwierig. Aus Sicht der Schulleitungen und noch mehr aus Sicht der Aufsichtsbehörden stellen wir als Eltern dann die falschen Fragen – wir sind eben oft nicht die, die bei Schulämtern bis hin zur Kultusministerkonferenz im Vordergrund stehen.

Was müssten Eltern tun, um sich mehr Gehör zu verschaffen?

Zu allererst müsste aufseiten der Behörden mehr Offenheit vorliegen und das System selbst sich auf die Eltern einstellen. Wer kann schon nachmittags um 14:00 Uhr an einer Konferenz teilnehmen? Das alleine schreckt schon ab. Die mangelnde Flexibilität im Schulbetrieb selbst kommt erschwerend hinzu. Ein weiterer Aspekt ist das Wahlsystem, vielerorts ist ein Mandat als Elternvertreter nur möglich, wenn auch das eigene Kind als Schüler die Mandatszeit abdeckt. Engagierten Eltern wird so von vornherein eine begrenzte Zeit eingeräumt. Elternbeiräte verlieren so eingearbeitete, mit dem System und mit den politischen Prozessen vertraute Mitkämpfer.

Die sehr sinnvolle Initiative „Eltern schulen Eltern“ in Vorbereitung auf die Arbeit als Elternbeirat, wird auch nur dort geschätzt, wo eine engagierte Schulleitung mitmacht und eine solche Schulung beziehungsweise Mitarbeit wertschätzt. Das ist aber nicht die Regel.

Was meinen Sie: Sind Elternschaften in Deutschland auch reif für ein kooperatives, vertrauensvolles Verhältnis zu „ihrer“ Schule, wie es oft aus zum Beispiel neuseeländischen Schulen berichtet wird? Was müsste geschehen, dass dieses Bündnis gestärkt wird und so die Chancen des Digitalen zum Spielen kommen?

Es wird viel von Partizipation im Schulbetrieb gesprochen, die Realität sieht allerdings eher düster aus. Eltern haben keine gleichwertige Stimme auf allen Ebenen. Beispielsweise werden Elternvertreter höchstens zu Ausschüssen der Kultusministerkonferenz zugelassen, eine direkte Beteiligung an der KMK ist aber nicht möglich. Das gilt auch für Schülervertretungen. Auch gibt es hier keine rechtlichen Regelungen, die als Teilnehmungsrahmen dienen könnten. Auf Schulebene hängt dies sehr vom Goodwill der Leitung ab. Zusammengenommen müsste sich hier generell viel ändern, um zu dem genannten kooperativen, vertrauensvollen Verhältnis Eltern – Schule zu kommen. Da gibt es viel Potenzial, sicherlich auch für das Heben der Chancen aus der Digitalisierung.

Wie sehen Sie das Verhältnis von Digitalisierung, neuen Unterrichtsformaten, Kompetenzorientierung und den abendländischen Bildungstraditionen sowie dem vorhandenen breiten pädagogischen Wissen? Was geht verloren, was dominiert?

Für uns als Verband ist völlig unstrittig, dass Digitalisierung schon viel kostet, aber nur dann Zusatznutzen bringt, wenn sie verbunden ist mit neuen Lehr- und Lernstrategien. Dann kann Digitalisierung ihr Potenzial entfalten und sehr gut die abendländische Bildungstradition wie die Eigenverantwortlichkeit von Schülern (und künftigen Bürgern) fördern, indem die Urteilskraft des Einzelnen gestärkt wird. Digitalisierung heißt ja nicht, die Aufgabenblätter der Woche per E-Mail in die privaten Lernräume der Kinder zu schicken. Vielmehr heißt Digitalisierung, neue Wege zu finden, lexikalisches Wissen zu vermitteln, Schüler abzuholen, indem das Zusammenwirken zwischen Lehrkraft und Schüler vielleicht in anderen Formaten sogar noch intensiver wird, und neue, durch Digitalisierung gewonnene Spielräume die individuelle Betreuung verstärken. Zum Beispiel dass Schüler mit einer großen digitalen Nähe anders betreut werden als Schüler, die damit fremdeln. Es wäre eine Verschwen-

kung der sich mit Digitalisierung eröffnenden Spielräume, weiterhin ein Brockhaus-Denken zu pflegen, anstatt auch mal ganz neu in Dimensionen von Design-Thinking an Konzepte und Lernplattformen ranzugehen.

Es heißt ja oft „Wenn es nicht nur um Lernen geht, sondern um Bildung, dann braucht der Mensch den Menschen“. Will heißen, dann braucht der Schüler den Pädagogen. Anders gefragt: Wieviel Digitalisierung hat Platz, darf Platz haben in der Bildung, im Unterricht?

Aktuell sind mit Homeschooling und den Ansätzen digitalen Lernens viele Kinder „verloren gegangen“. Die Spanne der pädagogischen Betreuung reicht von „wenig bis gar keine Verbindung“ bis hin zu intensiven virtuellen Betreuungsgesprächen – aber es fehlt „etwas“. Digitaler Unterricht ist kein Ersatz für Präsenz. Hier haben wir Neuland betreten und noch einiges zu leisten, bis wir ausgereifte Lehr-Lernkonzepte haben. ■

Das Interview führte Ulrich Althausen.

